

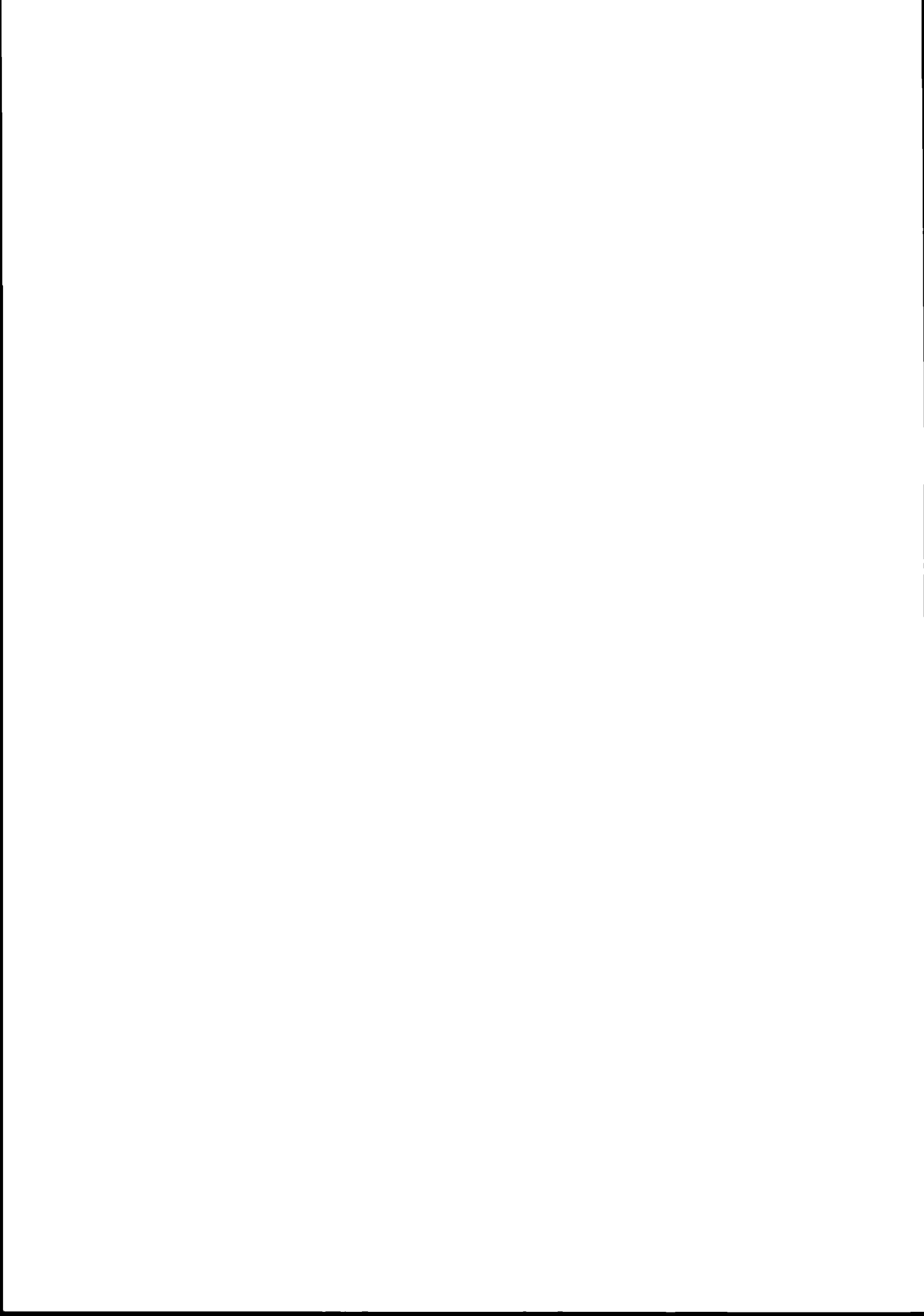
Bericht der Bundes- geschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
des Generalsekretärs**



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU



Bericht der Bundesgeschäftsstelle
- Anlage zum Bericht des Generalsekretärs -

5. Parteitag

Hamburg, 20. bis 23. Februar 1994

	Seite
Vorwort	2
1. Die Wahlkampf-Planungen der Bundespartei	5
2. Parteigremien	12
2.1 Präsidium	12
2.2 Bundesvorstand	14
2.3 Landesgeschäftsführerkonferenz	15
2.4 Bundesparteigericht	15
3. Programmatische Arbeit in der 12. Wahlperiode	15
3.1 Grundsatzprogramm	15
3.2 Weitere Programme der CDU	22
4. Mitgliederentwicklung	33
5. Politischer Arbeitskalender	35

Vorwort

Mit dem 5. Parteitag vom 20.-23. Februar 1994 startet die CDU Deutschlands in die vielen Wahlauseinandersetzungen des Jahres 1994.

Wir tun dies mit der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms und in dem Bewußtsein, "daß alle echte Politik nur aus festen Grundsätzen betrieben werden kann, wenn sie nicht im Weg und in den Zielen irren will". Dieser Satz aus der Einleitung zum Protokoll des ersten Parteitages der CDU 1950 in Goslar ist heute so gültig wie damals. Wir sind stolz darauf, als erste politische Partei ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm vorlegen zu können.

Unser Start in das Wahljahr 1994 wird aber auch markiert durch die Beratung und Beschlußfassung über ein ganz zentrales Thema, das unsere Mitbürger intensiv bewegt: Unser Konzept für Wachstum und Beschäftigung gibt Antwort auf die entscheidende Frage nach der Zukunft der Arbeitsplätze in Deutschland. Die Wahlentscheidungen des Jahres 1994 werden sich ganz wesentlich daran orientieren, welcher politischen Kraft es die Bürger eher zutrauen, den Strukturwandel zu bewältigen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu stärken und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. "Sicherheit", "Stabilität" und "Zukunft" sind Schlüsselbegriffe dieses Wahljahres.

Wir werden als CDU alles daran setzen, einen argumentativen und differenzierten Wahlkampf zu führen. Unsere Stärke liegt in der Solidität unserer Argumente. Dies muß das entscheidende Signal des Hamburger Parteitages werden.

In den vielen Wahlkämpfen des Jahres - auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europa-Ebene - muß es gelingen, immer klar und unverwechselbar als die CDU Deutschlands erkannt zu werden: Wir sind die Partei, die im Westen den schwierigen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich bewältigt hat. Wir sind die Partei, die alle großen Sozialgesetze dieser Republik entwickelt und politisch durchgesetzt hat. Wir sind die Partei, die nach 1982 unser Land bereits einmal aus einer tiefen wirtschafts- und finanzpolitischen Krise herausgeführt hat. Wir

sind die Partei, die immer an der Einheit des Vaterlandes festgehalten und sie verwirklicht hat, als sich für kurze Zeit die Chance dazu bot. Wir werden auch die Partei sein, die unser Land heute in eine sichere Zukunft führen kann.

Diese Grundaussage muß in allen Planungen und Maßnahmen des Jahres 1994 anklingen. Im direkten Gespräch mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern werden wir intensiv um Vertrauen werben. Politische Überzeugungen bilden sich nicht nach den sonst üblichen Regeln der Werbung. Die CDU wird deshalb in den Wahlkämpfen auch keine Materialschlachten veranstalten. Ein sparsamer Mitteleinsatz wirkt überzeugender als flächendeckende und offenkundig teure Werbekampagnen. Wir wollen die Menschen nicht überreden und werblich "überrollen", sondern sie ansprechen und überzeugen.

Dabei ist es selbstverständlich, daß wir uns modernster Formen der Kommunikation bedienen. Die Ansprüche der Menschen an eine differenzierte, umfassende und zugleich auf das Wesentliche beschränkte Information haben sich stark gewandelt. Politische Kommunikation darf nicht hinter den Standard zurückfallen, den die Medien heutzutage setzen. Deshalb nutzen wir die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung ebenso für unsere politische Arbeit wie die modernen Formen der Presse- und Medienarbeit. Die CDU als Anbieter in DatexJ und als Betreiber des eigenen Kommunikations-Netztes "KomSys" hält jedem Vergleich mit den Angeboten und Arbeitsweisen anderer politischer Parteien stand. Wir sind in der Lage, einen wirklich modernen Wahlkampf zu führen.

Die Bundespartei geht gut gerüstet in die Wahlkämpfe des Jahres 1994. Die in diesem Geschäftsbericht vorgestellten Maßnahmenplanungen sind im wesentlichen bereits mit den Landesverbänden abgestimmt worden.

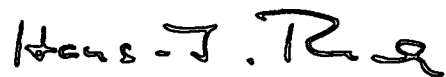
An dieser Stelle sei den hauptamtlichen Mitarbeitern der Bundespartei und der Landes- und Kreisverbände sowie der Vereinigungen ein herzliches Wort des Dankes gesagt. In politisch schwieriger Zeit haben sie durch ihre Kompetenz und durch ein über das übliche Maß weit hinausgehendes Engagement die politische Arbeit der CDU auf den verschiedenen Ebenen getragen. Unser Dank gilt aber in gleicher Weise auch den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern, die, in welcher Weise auch immer, ihre Fähigkeiten in den Dienst unserer gemeinsamen Sache stellen. Eine

Volkspartei kann auf ihren Einsatz nicht verzichten. In einer Zeit, in der die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement deutlich abgenommen hat, zählt ein solcher Einsatz eigentlich doppelt.

Die CDU Deutschlands hat alle Chancen, mit einer guten Gesamtbilanz am Jahresende auf die Wahlen zurückzublicken. Wenn jeder in diesem Jahr sein Bestes gibt und offensiv für unsere Ziele eintritt, wird unserer politischen Arbeit Erfolg beschieden sein.



Peter Hintze
Generalsekretär der CDU



Hans-Joachim Reck
Bundesgeschäftsführer der CDU

1. Die Wahlkampf-Planungen der Bundespartei

Kandidaten-Service

Eine der wesentlichen Dienstleistungen des Konrad-Adenauer-Hauses für die Bundestags- und Europawahl ist der Kandidatenservice. Alle Kandidatinnen und Kandidaten können diesen Service ab dem Tag ihrer Nominierung in Anspruch nehmen. Ein spezielles Kandidatentelefon, über das Nachts auch ein Anrufbeantworter erreichbar ist, ermöglicht die direkte Durchwahl zum Kandidatenservice.

Zu den - in vielen Wahlkämpfen bewährten - Dienstleistungen des Kandidaten-Service gehören u.a.:

- der Fotoservice, durch den die Kandidaten Portraitfotos für ihre persönlichen Werbemittel anfertigen lassen können,
- die Produktion von Kandidatenplakaten,
- die Gestaltung von Kandidatenprospekten und
- ein Angebot persönlich gestalteter Kleinwerbemittel.

Zusendungen aktueller politischer Informationen gehören zum Kandidatenservice ebenso wie die Beratung in inhaltlichen Einzelfragen.

Kandidaten, die noch keine Bundestagsabgeordneten sind, erhalten ebenfalls aktuelle Informationen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Unsere Kernbotschaften des Europawahlkampfes

Die Kernbotschaften des Europawahlkampfes müssen zwei Stoßrichtungen haben: Zum einen gilt es, die Bedeutung der europäischen Einigung für Deutschland insgesamt herauszustreichen. Dabei wird davon ausgegangen, daß wachsende Zustimmung zur

europäischen Einigung hauptsächlich jener Partei zugute kommt, die über die stärkste europapolitische Kompetenz verfügt. Zum anderen muß durch den Wahlkampf verdeutlicht werden, warum die CDU – auch entgegen einer derzeit verbreiteten Mißstimmung – anderen Parteien vorzuziehen ist.

Die Union ist die Sachwalterin deutscher Interessen

Die CDU ist der Garant deutscher Interessen; sie macht Deutschland stark in Europa. Niemand ist besser geeignet, deutsche Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen als Bundeskanzler Helmut Kohl, der über hohes Ansehen und internationale Erfahrung verfügt und dessen Stimme in der Welt Gewicht hat. Wer sonst außer ihm hätte zum Beispiel die künftige Europäische Zentralbank nach Frankfurt holen können?

Die CDU/CSU wird auch künftig die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands schützen – einschließlich der besonderen Anliegen der neuen Bundesländer, die im übrigen von der europäischen Einigung ganz konkret in Form von finanzieller Unterstützung profitieren.

Zu den deutschen Interessen gehört auch, daß die europäische Einigung streng förderal ausgerichtet bleibt. Nur das wird auf die europäische Ebene verlagert, was dort wirklich besser geregelt werden kann. Die Union steht dafür ein, daß die Identität der Staaten nicht verschwindet, daß also "Deutschland Deutschland bleibt". Sie greift berechtigte Kritik an europäischen Fehlentwicklungen auf und wendet sich gegen eine bürokratische Überreglementierung, gegen Bürgerferne und gegen unzulängliche Entscheidungsstrukturen. Der Ansatz ist allerdings stets konstruktiv: Europa soll dadurch nicht geschwächt, sondern in seiner Glaubwürdigkeit gestärkt werden.

Europa bewahrt den Frieden und schützt uns vor neuen Unsicherheiten

Vor dem Hintergrund neuer Unsicherheiten in Rußland und anderen Staaten im Osten des Kontinents ist die Sorge vor krisenhaften Entwicklungen und Risiken für die europäische Sicherheit wieder virulent geworden. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien steht wie ein Menetekel für Ereignisse, die sich auch andernorts im Osten Europas ereignen könnten.

Den besten Schutz vor Gefahren für unsere Sicherheit bietet die Stärkung jener internationalen Gemeinschaften, in die Deutschland maßgeblich von den Unionsparteien hineingeführt wurde. Sie müssen weiterentwickelt werden, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Die Europäische Union ist das beispiellos erfolgreiche Modell einer Friedensordnung. In ihr haben ehemalige Feinde zusammengefunden, Krieg zwischen Staaten der Europäischen Union ist unmöglich geworden. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien macht klar, daß dies keine Selbstverständlichkeit ist. "Nie wieder Krieg - deshalb Europa" könnte ein zentrales Motto lauten.

Gerade das Beispiel Bosnien-Herzegowina markiert aber auch den heiklen Punkt der Argumentation: Zahlreiche Menschen werfen der Europäischen Union vor, das Morden im ehemaligen Jugoslawien eben nicht verhindert zu haben. Hierzu ist anzumerken: Dieser Mißerfolg liegt nicht an einem Zuviel, sondern an einem Zuwenig an Europa. Die gemeinsamen außenpolitischen Entscheidungsstrukturen sind noch nicht hinreichend ausgeprägt. Deshalb muß die europäische Einigung weitergehen.

Zum anderen: Es heißt, Europa zu überfordern, wenn von ihm verlangt wird, alle Krisen außerhalb seiner Grenzen lösen zu wollen. Der Sinn der europäischen Einigung - und ihr eigentlicher Erfolg, mitgestaltet von Persönlichkeiten von CDU/CSU - besteht darin, Krieg an den Grenzen und innerhalb der Grenzen der EU unmöglich zu machen. Erfahrene Staatsmänner wie Helmut Kohl stehen dafür, daß dies so bleibt.

Europa stärkt unsere Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze

Die SPD wird die Arbeitslosigkeit in Europa – auch unter nationalen Vorzeichen – zu einem zentralen Punkt der Auseinandersetzung machen. Die Union kann und darf diesem Thema nicht ausweichen. Im Europawahlkampf wird vorweggenommen auch ein nationaler Kampf um die wirtschaftspolitische Kompetenz geführt.

Der Blick über die Grenzen weist aus, daß Rezession und hohe Arbeitslosigkeit ein internationales Phänomen sind. Ohne die Politik der europäischen Einigung wäre die Arbeitslosigkeit jedoch zweifellos deutlich höher. Zugleich aber hat die Bundesregierung gemeinsam mit ihren europäischen Partnern Projekte geschaffen, die wie ein riesiger Wachstumsmotor wirken werden: der Binnenmarkt, der Europäische Wirtschaftsraum, die Wirtschafts- und Währungsunion. All dies macht Europa und damit Deutschland wettbewerbsfähiger gegenüber der Konkurrenz auf anderen Kontinenten. Es stärkt unsere Wirtschaft und sichert oder schafft mittelfristig Arbeitsplätze. Dabei werden CDU/CSU dafür sorgen, daß der europäische Kurs marktwirtschaftlich und stabilitätsorientiert bleibt. Die Europawährung der Zukunft wird hart sein wie die Mark, sonst wird es sie nicht geben.

Zusammen mit den nationalen Maßnahmen der Koalition (Standortentscheidungen, "30-Punkte-Programm") ergeben die europäischen Projekte ein riesiges, umfassendes Konjunkturprogramm für stabile Wirtschaft und sichere Arbeit – auch und gerade in Deutschland.

Europa schützt uns vor Kriminalität und Asylmißbrauch

Die Diskussion um den Asylmißbrauch hat gezeigt, daß dieses Problem – wie viele andere – nur im Zusammenwirken mit den Nachbarn gelöst werden kann. Europäische Regelungen haben erheblich zu einer Entschärfung des Problems beigetragen.

Auch die wachsende Kriminalität läßt sich an Grenzen nicht abhalten. Engere europäische Zusammenarbeit hilft, Verbrechen und Gewalt wirksam zu bekämpfen. Dazu ist niemand entschlossener als CDU/CSU. Wir setzen uns daher auch für einen effektiven Ausbau des Europäischen Kriminalamtes Europol und des damit verbundenen europaweiten Fahndungsnetzes ein.

Die Europawahl 1994 ist wichtig; es ist notwendig, wählen zu gehen

Diese Europawahl ist keine "Nebenwahl"; sie ist aus einer Reihe von Gründen von erheblich größerer Bedeutung als früher. Der zwingende Schluß kann nur lauten: "Wählen gehen!"

- Zum einen geht es um zentrale deutsche Interessen. Wahlbeteiligung und Wahlergebnis entscheiden darüber, wie stark diese Interessen künftig zur Geltung kommen. Eine schwache Wahlbeteiligung wie auch ein Erfolg der europapolitisch wenig kompetenten SPD schwächen die Durchsetzung unserer nationalen Anliegen.
- Das Europäische Parlament hat nach Maastricht wichtige Entscheidungsbefugnisse: Es verfügt über Vetorecht bei vielen Gesetzgebungsverfahren, es hat Finanzkontrolle über die Kommission und bestimmt die politische Ausrichtung der Kommission.
- Nicht zuletzt kann eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, ein Erfolg von radikalen Parteien oder Protestparteien ungünstige Auswirkungen auf das innenpolitische Klima in Deutschland haben. Die Europawahl darf nicht wegen des Desinteresses demokratischer Wähler zum Einfallstor radikaler Kräfte werden.

Das CDU-Kommunikations-System

Politisches Management ohne den Einsatz moderner elektronischer Datenverarbeitung ist heute undenkbar. Dies gilt nicht nur für die "klassischen" EDV-Bereiche wie Mitgliederstatistik, Beitragsverwaltung oder Redner-Einsatz-Planung. Auch politische Inhalte und Informationen werden zunehmend EDV-gerecht aufbereitet, umfassend gespeichert und für den raschen Zugriff verfügbar gemacht.

Moderne Kommunikationstechnologien haben das Tempo der Übermittlung politischer Nachrichten rasant gesteigert und bestimmen damit auch das Tempo der politischen Arbeit. Die Möglichkeit, auf tagesaktuelle Informationen möglichst zeitnah an jedem Ort Deutschlands zugreifen zu können, bestimmt zunehmend den Grad der Professionalität politischer Arbeit.

Mit dem annähernd flächendeckenden Einsatz von Personal-Computern in allen Gliederungen der CDU sind inzwischen die Voraussetzungen für ein eigenes Kommunikations-System der CDU ("KomSys") geschaffen worden. Dieses System bietet wesentliche Vorteile:

- aktuelle Informationen in frei einstellbarem Rhythmus;
- umfassende Informationen zu allen Aspekten der politischen Arbeit;
- perfekte Organisation der Informationen durch zentrale Pflege der Informationsbestände;
- rascher Zugriff auf Informationen durch eine eigene, anwenderfreundliche Bediener-Oberfläche;
- weitreichende Möglichkeiten, Informationen weiterzuverarbeiten und den örtlichen und regionalen Bedürfnissen anzupassen.

Das CDU-KomSys basiert auf dem Einsatz eines Electronic-Mail-Systems nach der international gebräuchlichen Norm "X.400". Über dieses System können weltweit alle PC-Nutzer erreicht werden, die über gleiche Kommunikations-Komponenten verfügen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle ist nach diesem Standard ausgerüstet worden; derzeit werden alle Gliederungen, die dies wünschen, für die Teilnahme an einem derartigen Kommunikations-Verbund eingerichtet.

Zugleich sind im Zentralrechner der Bundesgeschäftsstelle sogenannte "Mailboxen" eingerichtet worden, die von den Rechnern der Gliederungen über das Leitungssystem der Telekom angewählt werden können. Die in den Mailboxen abgelegten Daten werden über die vom Nutzer aufgebaute Leitung zum örtlichen PC hin übertragen. Die zur Übertragung vorgesehenen Daten können unterschiedlichster Art sein: Texte, Bilder, Grafiken, Datenbanken, Flugblätter, Pressemeldungen, Reden, Angebots-Kataloge, Terminverwaltungen, Mitgliederlisten oder Korrespondenz.

Neben der automatisierten Kommunikation zwischen Gliederung und Bundesgeschäftsstelle ist die individuelle Kommunikation mit Partnern der Wahl möglich, sofern diese über die technischen Voraussetzungen verfügen. Innerhalb des CDU-Bereiches kann diese Kommunikation auch über den Zentralrechner der Bundesgeschäftsstelle erfolgen, der Datenbestände für inaktive Zielstationen in den Mailboxen zwischenspeichern kann.

Den Investitionskosten von KomSys müssen die bereits mittelfristig zu erzielenden Einsparungseffekte gegenübergestellt werden. Gegenüber dem bisher gebräuchlichen Infifax können die Kosten pro Text-Seite und Teilnehmer um 90 Prozent gesenkt werden. Die Betriebskosten der innerparteilichen Kommunikation können auf rund die Hälfte reduziert werden. Allein im Bereich der zentralen Mitgliederverwaltung lassen sich jährlich DM 60.000,-- einsparen.

KomSys wird zur Zeit mit externen Nutzern ausgiebig getestet. Der Echtbetrieb wird am 1. April 1994 aufgenommen.

2. Parteigremien

2.1 Präsidium

Das Präsidium kam im Berichtszeitraum seit dem 4. Parteitag der CDU Deutschlands vom 12. bis 14. September 1993 in Berlin zu fünf Sitzungen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl Hamburg (19.9.1993);
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahl Brandenburg (5.12.1993);

- Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Themen der Steuer- und Finanzpolitik standen im Mittelpunkt vieler Sitzungen, u.a.:
 - Wirtschaftsstandort Deutschland;
 - Konjunkturentwicklung;
 - Arbeitsmarktpolitik;
 - Flexibilisierung der Arbeitszeiten;
 - Lohn- und Gehaltspolitik;
 - Mittelstandsförderung;
 - Ladenschlußgesetz;
 - Fortführung der Postreform;
 - Bahnreform;
 - Spar-, Wachstums- und Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung für 1994;
 - Bundeshaushalt 1994;
 - Finanzausstattung der neuen Länder;
 - Agrarpolitik;
 - Energiepolitik.

- In der Sozial- und Gesellschaftspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:
 - Rentenanpassung in den neuen Bundesländern zum 1.1.1994;
 - Pflegeversicherungsgesetz;
 - Beratungskonzept zur Neuregelung des § 218 StGB;
 - Einsparungen bei Sozialleistungen.

- Weitere wichtige Themen der Innenpolitik waren:
 - Verbrechensbekämpfungsgesetz;
 - Arbeit der Sicherheitsbehörden;
 - Bildungspolitik;
 - Abschlußbericht der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat.

- Auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik standen folgende Themen im Vordergrund:
 - Einsatz der Bundeswehr in Somalia;
 - Bundeswehrplanung;
 - Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere in Bosnien-Herzegowina;
 - Entwicklung in den GUS-Staaten;
 - Chinareise des Bundeskanzlers;
 - GATT-Verhandlungen;
 - Gipfeltreffen der NATO-Mitgliedsstaaten am 10./11.1.1994 in Brüssel.

- Fragen der Einigung Europas spielten eine besondere Rolle, z.B. die Themen:
 - Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Vertrag von Maastricht vom 12. Oktober 1993;
 - Europäische Union;
 - EG-Sondergipfel vom 29. Oktober 1993 in Brüssel;
 - Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht am 1. November 1994;
 - Entscheidung über den Sitz des Europäischen Währungsinstituts, der späteren Europäischen Zentralbank.

- Wichtige Themen und Entscheidungen zur Parteiarbeit waren:
 - Arbeitsplanung der Bundespartei für 1994;
 - Wahltermine 1994;

- Wahlkampfstrategie für die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Bundestag 1994;
- Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland;
- Neuregelung der Parteienfinanzierung;
- Fortführung der Grundsatzprogrammdiskussion;
- Vorbereitung des 5. Parteitages in Hamburg vom 20. bis 23.2.1994.

2.2 Bundsvorstand

Der Bundsvorstand trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen und zwei Klausurtagungen zusammen. Schwerpunktthemen: siehe Präsidium.

Außerdem:

- Beratung und Verabschiedung des Leitantrages des CDU-Bundsvorstandes zum neuen Grundsatzprogramm an den 5. Parteitag in Hamburg (1./2.10.1993, Königswinter);
- Beschluß des Bundsvorstandes zur Einreichung untereinander verbundener Landeslisten der CDU zur Europawahl 1994 (1./2.10.1993, Königswinter);
- Nominierung eines Kandidaten der CDU für die Wahl des Bundespräsidenten;
- Beratung und Verabschiedung des Antrages "Für Wachstum und Beschäftigung" an den 5. Parteitag in Hamburg (15.1.1994, Windhagen);
- Beschluß des Bundsvorstandes über einen Antrag zur Änderung der Finanz- und Beitragsordnung der CDU an den 5. Parteitag in Hamburg (14.1.1994, Windhagen);
- Beratung und Verabschiedung des Haushalts 1994 der Bundesgeschäftsstelle (14.1.1994, Windhagen);
- Beratung und Verabschiedung des Wahlkampfetats für die Europawahl (14.1.1994, Windhagen);
- Gespräch mit führenden Vertretern der Jungen Union zum Thema "CDU und junge Generation" auf der Klausurtagung des Bundsvorstandes am 15.1.1994 in Windhagen.

2.3 Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen.

Schwerpunkte waren:

- Wahlkampfplanung und Wahlkampfzubereitung für 1994;
- Bericht und Analyse zum Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland;
- Ausbau des Kommunikationsnetzes der CDU (CDU-KomSys);
- Anschluß der CDU-Bundesgeschäftsstelle an das DATEX-J-Netz;
- Ergebnis und Analyse der Bürgerschaftswahl Hamburg;
- Ergebnis und Analyse der Kommunalwahl Brandenburg;
- Bericht über den Landtagswahlkampf in Niedersachsen;
- künftige Parteienfinanzierung;
- Unterstützung ungarischer Partnerschaftsparteien;
- Vorbereitung des 5. Parteitages in Hamburg;
- Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zur Wahlprüfungsbeschwerde wegen der Bundestagswahl 1990 in Hamburg.

2.4 Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen, und zwar am 21.9.1993 und am 7.12.1993.

3. Programmatiscbe Arbeit in der 12. Wahlperiode

3.1 Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm

Am Vorabend der Vereinigung Deutschlands, dem 02. Oktober 1990, hat der Parteitag in Hamburg beschlossen, das Ludwigshafener Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1978 "zu überprüfen und fortzuschreiben". Gemäß dem Auftrag des Bundesparteitages hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung vom 22./23. Februar 1991 eine

Kommission zur Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms ins Leben gerufen. Nach dem Rücktritt des Vorsitzenden Lothar de Maizière wurde Dr. Reinhard Göhner, mit dem Vorsitz der Grundsatzprogramm-Kommission beauftragt. In der ersten Phase der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms wurde die Grundsatzprogramm-Kommission, der 48 Mitglieder angehörten, in sechs Kommissionsgruppen aufgeteilt, die sich den verschiedenen Schwerpunkten des neuen Programms widmeten.

Die Kommissionsgruppe I "Christliches Verständnis vom Menschen und Grundwerte" beschäftigte sich hauptsächlich mit den Grundlagen christlich-demokratischer Politik. Unter Federführung von Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel und Roland Koch tagte die Kommissionsgruppe I bis zum Ende des Jahres 1992 insgesamt siebenmal.

Die Kommissionsgruppe II "Freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft", die das weite Feld der Gesellschaftspolitik bearbeitete und deren Sprecherin Bundesministerin Dr. Angela Merkel war, traf sich bis zum Ende des Jahres 1992 insgesamt zu zehn Sitzungen. Schwerpunkte ihrer Arbeit lagen in den Bereichen Ehe und Familie, Partnerschaft von Frau und Mann, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Partnerschaft von Jung und Alt in unserer Gesellschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften und Medien. In der Arbeit dieser Kommissionsgruppe ging es hauptsächlich darum, den gesellschaftlichen Wandel programmatisch umzusetzen.

Die Arbeit der Kommissionsgruppe III stand ganz im Zeichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik; Sprecherin war Dr. Maria Böhmer. Drei Schwerpunkte hatte diese Kommissionsgruppe in zwölf Sitzungen bis zum Ende des Jahres 1992 zu bearbeiten: 1. Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, 2. den Umbau des Sozialstaats und 3. die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

In der Kommissionsgruppe IV wurden in acht Sitzungen die Bereiche innere Sicherheit, Rolle der Volksparteien, Stärkung des Rechtsstaates und das Zusammenleben mit Ausländern behandelt. Sprecherin war Erika Steinbach-Hermann.

Die Kommissionsgruppe V, deren Sprecher Ottfried Hennig war, beschäftigte sich mit der Außenpolitik und der internationalen Rolle Deutschlands in der Welt. Gleichzeitig wurde in dieser Kommissionsgruppe die europäische Einigung konzeptionell weiterentwickelt. Insgesamt trat diese Kommissionsgruppe im Jahre 1992 sechsmal zusammen.

Die Kommissionsgruppe VI, die mit ihrem Sprecher Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer insgesamt zu acht Sitzungen zusammen, hatte die Aufgabe, sich mit dem Thema "Bewahrung der Schöpfung" auseinanderzusetzen. Zentrale Themen der Sitzungen waren die Vernetzung von Mensch, Natur und Umwelt, ein ethisch verantwortlicher Einsatz von Wissenschaft und Technik sowie nationale und internationale Umweltvorsorge.

Zusätzlich zu den insgesamt 51 Sitzungen der einzelnen Kommissionsgruppen tagte die Gesamtkommission im Jahre 1992 an vier Terminen ganztägig. Hier wurden die von den Kommissionsgruppen erarbeiteten Texte in erster Lesung besprochen und bearbeitet. Die zweite Lesung des Gesamtentwurfs wurde in einer zweitägigen Klausurtagung vom 03. bis 04. Juli 1992 in Bonn unter Teilnahme des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, beraten. Von Juli bis September 1992 wurden die Änderungs- und Verbesserungsvorschläge eingearbeitet sowie redaktionelle Änderungen vorgenommen. Im September und Oktober 1992 tagten erneut die einzelnen Kommissionsgruppen, und vom 19. bis 21. November 1992 fand die dritte Lesung des Entwurfs ebenfalls im Beisein des Parteivorsitzenden in Berlin statt.

Im Anschluß an die dritte Lesung des Grundsatzprogramm-Entwurfs hat die Grundsatzprogramm-Kommission ihren Entwurf dem Bundesvorstand

der CDU zugeleitet. In seiner Sitzung Mitte Januar 1993 beschloß der Bundesvorstand, den ersten Entwurf für das neue Grundsatzprogramm an die Gliederungen der CDU zur Diskussion weiterzuleiten.

In der ersten Diskussionsphase, die von Mitte Januar bis Mitte September 1993 dauerte, trafen zahlreiche Stellungnahmen, Änderungs- und Verbesserungsvorschläge aus der Partei aber auch von interessierten Nicht-Mitgliedern im Sekretariat der Grundsatzprogramm-Kommission ein. Insgesamt hat die Grundsatzprogramm-Kommission über 500 Briefe mit einigen tausend Einzelanregungen in diesem Zeitraum erhalten.

Die Grundsatzprogramm-Kommission setzte unter Vorsitz von Dr. Reinhard Göhner ihre Arbeit mit einer ganztägigen Klausursitzung am 16.7.1993 fort und sichtete die eingegangenen Stellungnahmen und Anmerkungen. Auf ihren Klausursitzungen am 27./28.8.1993 und am 17./18.09.1993 wurde die Überarbeitung des Diskussionsentwurfs vorgenommen und nach dem Ende der ersten Diskussionsphase (15. September) auf der September-Sitzung die überarbeitete Fassung beschlossen. Beratungen mit Vertretern der CDA am 18.8.1993, mit Vertretern der Vertriebenenorganisationen am 28.7., mit außenpolitischen Experten der CDU am 28.7. trugen zur Klärung strittiger Stellen im Programm bei. Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Tagung am 1./2.10.1993 den überarbeiteten Programmentwurf diskutiert, verabschiedet und als Leitantrag zum neuen Grundsatzprogramm an den 5. Parteitag 1994 am 7.10.1993 an die Gliederungen der Partei weitergeleitet.

Antragsschluß für Anträge zum neuen Grundsatzprogramm war der 17. Januar 1994. Die Gesamtsumme von 2.455 eingegangenen Einzelanträgen ist außergewöhnlich hoch und dokumentiert die rege Beteiligung auf allen Ebenen der Partei. Zahlreiche Kreisverbände aus allen Teilen Deutschlands, Landesverbände, die Bundesvereinigungen und - zum ersten Mal - die Bundesfachausschüsse haben ihre Änderungsvorschläge sorgfältig erarbeitet und sich der Mühe einer

grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Fragen unserer Zeit unterzogen. Große Zustimmung haben insbesondere die Passagen gefunden, die das christliche Verständnis vom Menschen und die christliche Selbstverpflichtung der CDU charakterisieren, die Abschnitte zu Ehe und Familie sowie das Kapitel "Für die Bewahrung der Schöpfung". Unterschiedliche Positionen gab es vor allem zu den Themenbereichen Dienstpflicht, Berufsbeamtentum, Verfassung des vereinten Europa und zum Titel – nicht zum Inhalt – "Ökologische und Soziale Marktwirtschaft". Die Antragskommission hat auf ihrer Sitzung am 31.01. dieses Jahres ihre Empfehlungen ausgesprochen. Die Antragsbroschüre ist am 04.02.1994 erstellt und versandt worden.

Neben den regulären Kommissionsgruppen- und Gesamtkommissions-Sitzungen hat die Grundsatzprogramm-Kommission den Dialog mit der Partei und der Öffentlichkeit gesucht und für eine offene Diskussion geworben. Am 12. Oktober 1991 veranstaltete die Grundsatzprogramm-Kommission eine Tagung zum Thema "Die CDU diskutiert ein neues Grundsatzprogramm: Was erwarten Sie?" in Weimar. "Die Bedeutung des 'C'" war eine gutbesuchte Abendveranstaltung am 27. November 1991 in Bonn. Im Jahre 1992 wurden zwei Podiumsdiskussionen und ein Fachkongreß von der Grundsatzprogramm-Kommission initiiert und veranstaltet. Am 19. März 1992 diskutierten zahlreiche Teilnehmer die Frage "Versagt der Staat im Bewußtsein seiner Bürger?" im Bonner Konrad-Adenauer-Haus; ebenfalls in Bonn fand am 26. Mai 1992 eine spannende Podiumsdiskussion zum Thema "Deutschlands Verantwortung in der Welt" statt. Am 12. Juni 1992 schließlich fand ein Fachkongreß zum Thema "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" in Frankenthal statt, der ebenfalls auf lebhaftes Interesse stieß.

Höhepunkt der ersten Diskussionsphase im Jahre 1993 war der zweitägige Grundsatzprogramm-Kongreß in Bonn am 25./26. Juni 1993, der unter dem Thema "Freiheit und Verantwortung" stand. Zahlreiche Teilnehmer aus Gesellschaft und Politik, aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie Vertreter der Kirchen und von Verbänden waren ebenso eingeladen wie zahlreiche Gäste aus dem Ausland. Über 800

Personen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der CDU nahmen an dem Kongreß teil.

Eröffnet wurde der Kongreß durch eine Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, der in seiner Rede über die Grundlagen und Grundsätze christlich-demokratischer Politik sprach. Der Entwurf sei eine organische Weiterentwicklung, Aktualisierung, Präzisierung und Ergänzung der im Ludwigshafener Grundsatzprogramm niedergelegten Grundpositionen. An der sich anschließenden Diskussion über das "C" der CDU nahmen der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, der Dresdner Landesbischof Johannes Hempel und Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach teil. Ein wesentliches Ergebnis des ersten Tages bestand darin, daß man sich einig war, daß es eine besondere Verpflichtung der Christlich Demokratischen Union sei, für die christlich fundierten Wertgrundlagen unserer Gesellschaft einzutreten.

Am folgenden Tag wurden parallel in fünf Foren die verschiedenen Kapitel des neuen Grundsatzprogrammes diskutiert. Dabei bestätigte sich, daß der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm die richtigen Weichenstellungen und politischen Ziele zur Lösung der anstehenden Sachfragen formuliert.

Im Anschluß an den außerordentlich erfolgreichen und in der Öffentlichkeit viel beachteten Grundsatzprogramm-Kongreß am 25./26. Juni 1993 ist ein Tagungsband mit dem Titel "Freiheit und Verantwortung", von Reinhard Göhner herausgegeben, im Olzog-Verlag erschienen, in dem sich sämtliche Referate der Redner sowohl im Plenum als auch in den Einzelforen wiederfinden.

Der Tagungsband war nicht das einzige Buch, das der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission im Laufe der Programmarbeit herausgegeben hat. Bereits zu Beginn des Jahres 1993 wurden zwei Bände mit Aufsätzen herausgegeben. "Politik für die Zukunft - Die CDU an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" ist im Olzog-Verlag

erschienen und vereinigt verschiedene Beiträge von Mitgliedern der CDU, die die wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Aufgaben an der Schwelle zum 21. Jahrhundert thematisieren. Die Beiträge analysieren die Situation in einzelnen Politikbereichen und entwickeln Lösungsstrategien, die sich auch im Entwurf für das Grundsatzprogramm wiederfinden. Der zweite Sammelband "Die Gesellschaft für morgen" ist im Piper-Verlag erschienen und versammelt Beiträge verschiedener Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen, die die politischen Diskussionen aus der Sicht der Fachwissenschaft kommentieren. Alle drei Bücher sind nützliche und hilfreiche Ergänzungen für die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm. Zusätzlich dazu hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle sechs Materialbände herausgegeben, die wesentliche Fragen im Rahmen der Grundsatzprogramm-Arbeit dokumentieren.

Die Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission wurde während der letzten zweieinhalb Jahre von einem Wissenschaftlichen Beirat begleitet. Dieser traf sich insgesamt zu 5 Sitzungen, um so auch neue Ideen aus den Fachwissenschaften in die politische Diskussion einzubringen.

Mit der Erarbeitung und Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms auf dem Hamburger Bundesparteitag stellt sich die CDU Deutschlands als die programmatisch und politisch treibende Kraft in Deutschland dar. Es werden langfristige Perspektiven für alle wichtigen Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat abgegeben. Die Verwirklichung der Inneren Einheit Deutschlands und die Bewahrung der Schöpfung werden darin als die politisch wichtigsten Aufgabenfelder der nächsten Jahrzehnte beschrieben. Daneben steht das Ziel der Integration Europas, der notwendige Umbau des Sozialstaates, die Stärkung und Neustrukturierung der Wirtschaft, die Verschlankung des Staates, die Übernahme von Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie unser Einsatz für die freie und verantwortliche Gesellschaft. Damit sind die wichtigsten Aufgabenfelder christlich-demokratischer Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert klar umrissen.

Die Umsetzung des Grundsatzprogramms und der darin getroffenen politischen Entscheidungen wird die Herausforderung der kommenden Jahre und Legislaturperioden sein. Die Öffentlichkeit wird uns daran messen, inwieweit wir unseren Beschlüssen treu sind. Zu einer Politik der Glaubwürdigkeit gehört es, über die Verwirklichung der angestrebten Ziele sowohl in der Partei selbst als auch in der Öffentlichkeit Berichte über das Erreichte und das noch zu Erreichende zu geben. Die Form dieser Berichterstattung wird zu prüfen sein. Eine breite Öffentlichkeitsarbeit wird im Anschluß an den Parteitag für die Breitenwirkung unserer erfolgreichen Programmdiskussion sorgen.

3.2 Weitere Programme der CDU

1. Politik für die innere Einheit Deutschlands

- * Weimarer Erklärung
In Freiheit zur inneren Einheit
(Beschluß des Bundesausschusses vom 10. Juni 1991)

- * Dresdner Manifest
Die Zukunft gemeinsam gestalten
Die neuen Aufgaben deutscher Politik
(Beschluß des 2. Parteitages vom 16. Dezember 1991)

- * Gemeinsam handeln für Deutschland
Vorfahrt für den Aufbau Ost
(Beschluß des 3. Parteitages vom 28. Oktober 1992)

2. Arbeitsmarkt

- * Für Wachstum und Beschäftigung
(Beschluß des Bundesvorstandes vom 15. Januar 1994)

3. Außenpolitik

- * Die Festigung der transatlantischen Partnerschaft -
Empfehlungen für die neunziger Jahre
(Beschluß des 4. Parteitages vom 14. September 1993)
- * Neue Chancen der Partnerschaft mit der Türkei
(Beschluß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom
21. September 1992)
- * Forderungen zur deutschen und europäischen Politik gegenüber
dem Maghreb
(Beschluß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom
18. Januar 1993)
- * Maßnahmen gegen die Proliferation von
Massenvernichtungswaffen
(Beschluß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom
18. Januar 1993)
- * Beteiligung der Bundeswehr an Awacs-Einsätzen zur
Unterstützung der Durchsetzung des Flugverbots über
Bosnien-Herzegowina
(Beschluß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom
22. März 1993)
- * Leitsätze für die China-Politik Deutschlands
(Beschluß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom
22. März 1993)
- * Die Festigung der Transatlantischen Partnerschaft -
Empfehlungen für die 90er Jahre
(Beschluß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom
14. Juni 1993)

- * Die Bundesrepublik Deutschland und die Reform der Vereinten Nationen
(Beschuß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom 14. Juni 1993)
- * Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa
(Beschuß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom 27. September 1993)
- * Potsdamer Erklärung
(Beschuß des Bundesfachausschusses Außenpolitik vom 2. November 1993)

4. Bildungspolitik

- * Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem
– Zukunftssicherung durch Leistung, Verantwortung und Gemeinsinn –
(Beschuß des 4. Parteitages vom 14. September 1993)
- * Aktionsprogramm zur Studienzeitverkürzung und zur Verbesserung der Lehre
(Beschuß des Bundesfachausschusses Kulturpolitik vom 8. Oktober 1992)
- * Grundsätze des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik der CDU zur Reform des Studiums der Medizin mit dem Berufsziel "Arzt" (Mediziner Ausbildung)
(Beschuß des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik vom 10. Februar 1992)

5. Energiepolitik

- * Leitlinien für eine umweltschonende Energieversorgung
(Beschuß der Bundesfachausschüsse Energiepolitik und Umweltpolitik vom 13. Januar 1994)

- * Eckpunkte zur Förderung der Akzeptanz von Großtechnologie
(Beschuß des Bundesfachausschusses Energiepolitik vom
4. Dezember 1992)
- * Anforderungen an ein energiepolitisches Gesamtkonzept der
Bundesregierung
(Beschuß des Bundesfachausschusses Energiepolitik vom
29. Oktober 1991)

6. Entwicklungspolitik

- * Die globale Herausforderung – Perspektiven der europäischen
Entwicklungspolitik
(Beschuß des 3. Parteitages vom 28. Oktober 1992)
- * Unsere Verantwortung gegenüber Mittel- und Osteuropa sowie
der Gemeinschaft unabhängiger Staaten
(Beschuß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik vom
24. Juni 1992)
- * Entwicklungshilfe bekämpft Ursachen von Katastrophen und
Flüchtlingsströmen
(Beschuß des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik vom
15. Februar 1993)

7. Europapolitik

- * Wie wir uns Europa denken
(Beschuß des 3. Parteitages vom 27. Oktober 1992)
- * Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen
(Beschuß des 3. Parteitages vom 27. Oktober 1992)
- * Harte Währung – stark im gemeinsamen Markt
(Beschuß des 3. Parteitages vom 27. Oktober 1992)

- * Die Europäische Union: Sozial und solidarisch
(Beschluß des 3. Parteitages vom 27. Oktober 1992)
- * Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung
(Beschluß des 3. Parteitages vom 27. Oktober 1992)
- * Für ein europäisches Sicherheitssystem
(Beschluß des Bundesfachausschusses Europapolitik vom
3. Juni 1992)
- * EG-Erweiterung und Institutionenreform
(Beschluß des Bundesfachausschusses Europapolitik vom
3. Juni 1992)
- * Standort Deutschland im EG-Binnenmarkt
(Beschluß des Bundesfachausschusses Europapolitik vom
23. September 1992)
- * Umweltpolitik in Europa
(Beschluß des Bundesfachausschusses Europapolitik vom
2. Dezember 1992)

8. Familie und Jugend

- * Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Grundpositionen der CDU
(Beschluß des Bundesfachausschusses Familienpolitik vom
15. Februar 1993)
- * Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs
(Beschluß des Bundesfachausschusses Familienpolitik vom
14. Dezember 1993)
- * Beibehaltung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz
(Beschluß des Bundesfachausschusses Familienpolitik vom
15. Februar 1993)

- * Jugendbegegnung im "gemeinsamen europäischen Haus"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Jugendpolitik vom Januar 1990)
- * Zur Lage der Jugendhilfe in den fünf neuen Ländern
(Beschluß des Bundesfachausschusses Jugendpolitik vom 7. Juli 1993)

9. Forschung und Technologie

- * Memorandum zur Deutschen Forschungspolitik
Forschung und Technologie im Dienste von Mensch und Umwelt
(Beschluß des 3. Parteitages vom 28. Oktober 1992)

10. Frauenpolitik

- * Zum Stellenwert der Frauenpolitik in der CDU und ihre innerparteiliche Umsetzung
(Beschluß des Bundesfachausschusses Frauenpolitik vom 16. Juni 1992)
- * Gleichstellungspolitik in der Kommune
(Beschluß des Bundesfachausschusses Frauenpolitik vom 25. November 1993)
- * Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs
(Beschluß des Bundesfachausschusses Frauenpolitik vom 20. Januar 1994)

11. Gesellschaftspolitik

- * Für mehr Anerkennung von Selbsthilfe, Ehrenamt und ehrenamtlichen Diensten
(Beschluß des 3. Parteitages vom 28. Oktober 1992)

12. Gesundheitspolitik

- * Neue Strukturen in der Gesundheitsförderung –
Gesundheitsförderung als gesamtpolitische Aufgabe
(Beschuß des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik vom
Oktober 1993)

13. Innenpolitik

- * Asylpolitik
(Beschuß des 3. Parteitages vom 27. Oktober 1993)
- * Kriminalität entschlossen bekämpfen – Innere Sicherheit
stärken
(Beschuß des 4. Parteitages vom 13. September 1993)
- * Den Radikalen keine Chance!
(Beschuß des 4. Parteitages vom 13. September 1993)
- * EntschlieÙung zur Kündigung, Einstellung oder
Weiterbeschäftigung von ehemaligen Angehörigen der Stasi und
zur sog. Regierungs- und Vereinigungskriminalität (Beschuß
des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom 11. Dezember 1991)
- * EntschlieÙung zur Regierungs- und Vereinigungskriminalität
(Beschuß des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom
12. März 1992)
- * EntschlieÙung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
und des illegalen Rauschgifthandels
(Beschuß des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom
17. Juni 1992)
- * EntschlieÙung zur Bekämpfung des politischen Extremismus und
politisch motivierter Gewalt
(Beschuß des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom
25. November 1992)

- * "Zum Erhalt der Kinder- und Jugendsportschulen in den neuen Bundesländern"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Sportpolitik vom 21. November 1991)
- * "Sport und Senioren"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Sportpolitik vom 21. Februar 1992)
- * "Sportmedizin in Deutschland"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Sportpolitik vom 21. Februar 1993)
- * CDU-Sportprogramm
(Beschluß des Bundesfachausschusses Sportpolitik vom 2. Dezember 1993)

14. Medienpolitik

- * "Eckwerte für die Medienordnung in einem vereinigten Deutschland"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Medienpolitik vom 30. Mai 1990)
- * "Fernsehwerbung im dualen Rundfunksystem; Eckpunkte des Bundesfachausschusses Medienpolitik"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Medienpolitik vom 10. September 1992)
- * "Eindämmung der Gewalt im Fernsehen"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Medienpolitik vom 4. Februar 1993)
- * "Thesen zur Medienkonzentration"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Medienpolitik vom 16. November 1993)

15. Rechtspolitik

- * Keine Verjährung von SED-Unrecht
(Beschluß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vom 22. November 1991)
- * Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit
(Beschluß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vom 3. Februar 1992)
- * Strafrechtliche Verantwortlichkeit der SED-Führungsriege und sonstiger Funktionäre des SED-Apparats: Ein Gebot der Gerechtigkeit
(Beschluß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vom 3. Februar 1992)
- * Rehabilitierung und Entschädigung für die Opfer der SED-Diktatur: Ein Gebot der Humanität und Gerechtigkeit
(Beschluß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vom 12. Juni 1992)
- * Die Aufgaben des Gesetzgebers zum Eigentumsrecht im neuen Bundesgebiet
(Beschluß des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) vom 5. August 1992)

16. Umweltpolitik

- * Magdeburger Eckpunkte zur Umweltpolitik im geeinten Deutschland
(Beschluß des Bundesfachausschusses Umweltpolitik vom 27. Juni 1991)
- * Umwelt und globale Verantwortung
(Beschluß der Bundesfachausschüsse Umweltpolitik und Energiepolitik vom 18. März 1992)

- * Die Sanierung der Elbe – deutsche und internationale Verpflichtung
(Beschluß des Bundesfachausschusses Umweltpolitik vom 25. August 1992)

17. Sicherheitspolitik

- * Bundeswehrstruktur und Dienstgerechtigkeit
– (Beschluß des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik vom 4. Juni 1992)

- * Sicherheitsvorsorge für eine neue Zeit
– (Beschluß des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik vom 4. Juni 1992)

- * NATO und WEU als Garanten für die Sicherheit in Europa und der Welt
– (Beschluß des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik vom 13. Mai 1993)

18. Soziale Sicherung

- * "Die Sozialordnung der Europäischen Gemeinschaft gestalten"
(Beschluß des Bundesfachausschusses Sozialpolitik vom 26. April 1993)

19. Verkehrspolitik

- * Thesen zur Strukturreform von Deutscher Bundesbahn (DB) und Deutscher Reichsbahn (DR)
(Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik vom 20. März 1992)

- * Reform der Verkehrsmarktordnung
(Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik vom 11. September 1992)

- * Thesen zum Bundesverkehrswegeplan '92
(Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik vom
16. Oktober 1992)
- * Zur Sicherheit im Straßenverkehr
(Beschluß des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik vom
22. Januar 1993)

20. Wirtschaftspolitik

- * Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland
(Beschluß des Bundesausschusses vom 18. Juni 1993)
- * "Die sozialen und wirtschaftlichen Stärken des Standortes
Deutschland bewahren!"
(Beschluß der Bundesfachausschüsse Wirtschaftspolitik und
Sozialpolitik vom 28. September 1992)

21. Wohnungsbau

- * Auf neuen Wegen zu mehr neuen Wohnungen in Deutschland
(Beschluß des Bundesfachausschusses Städte- und Wohnungsbau
vom 10. Januar 1994)

4. Mitgliederentwicklung

Am 31. Dezember 1993 hatte die CDU Deutschlands 685.343 Mitglieder.

4.1 Die regionale Mitgliederentwicklung

Landesverband	Mitgliederstand 31.12.1991	Mitgliederstand 31.12.1992	Mitgliederstand 31.12.1993
Baden-Württemberg	90.744	87.927	85.787
Berlin	16.935	15.956	15.050
Brandenburg	13.713	11.292	10.528
Bremen	3.902	3.773	3.700
Hamburg	13.673	12.747	12.283
Hessen	62.622	61.238	59.901
Mecklenburg-Vorpommern	14.707	12.375	10.636
Braunschweig	9.955	9.488	9.088
Hannover	71.647	68.913	66.840
Oldenburg	17.691	16.955	16.495
Nordrhein-Westfalen	224.939	217.687	210.742
Rheinland-Pfalz	69.672	67.134	65.064
Saarland	25.055	24.184	23.428
Sachsen	32.082	28.156	24.517
Sachsen-Anhalt	22.224	18.636	16.595
Schleswig-Holstein	34.619	33.577	33.171
Thüringen	26.983	23.808	21.518

4.2 Struktur der Mitgliedschaft

4.2.1 Geschlecht

In der CDU Deutschlands sind 25,0 % der Mitglieder (171.493) weiblich und 75,0 % (513.850) männlich. Der Anteil an weiblichen Mitgliedern ist damit im letzten Jahr um 0,2 % gesunken. Dies beruht auf dem Rückgang des Anteils an weiblichen Mitgliedern in den jungen Ländern. In den alten Ländern liegt der Frauenanteil bei 23,5 % (er ist damit um 0,2 % gestiegen) und in den jungen Ländern bei 36,3 %.

4.2.2 Alter

	gesamt	alte Länder	junge Länder
16 - 24 J.	2,0 %	2,0 %	2,0 %
25 - 29 J.	3,7 %	3,5 %	5,0 %
30 - 39 J.	12,2 %	11,0 %	20,4 %
40 - 49 J.	20,9 %	20,4 %	24,1 %
50 - 59 J.	29,2 %	30,0 %	23,3 %
60 - 69 J.	18,1 %	18,7 %	13,5 %
70 - .. J.	13,6 %	13,8 %	11,6 %
ohne Angaben	0,4 %	0,4 %	0,2 %

Das Durchschnittsalter aller Mitglieder der CDU Deutschlands beträgt 52,6 Jahre. Das Durchschnittsalter der weiblichen Mitglieder liegt bei 53,6 und das der männlichen bei 52,3 Jahren.

4.2.3 Beruf

Berufsgruppe	gesamt	alte Länder	junge Länder
Selbständige	21,3 %	23,0 %	9,2 %
Arbeiter	11,2 %	8,7 %	29,3 %
Angestellte	28,7 %	28,3 %	31,8 %
Beamte	11,4 %	12,6 %	2,4 %
Rentner/Pensionäre	6,8 %	5,5 %	16,8 %
Hausfrauen/-männer	10,3 %	11,2 %	3,4 %
in Ausbildung	3,6 %	3,9 %	1,4 %
Arbeitslose	0,6 %	0,4 %	1,9 %
Helfer im Familienbetrieb	0,6 %	0,6 %	0,9 %

Die Berufsstruktur der Mitglieder in den jungen Ländern unterscheidet sich auch 1993 noch erheblich von der in den alten. Der Anteil der Arbeiter, der Arbeitslosen und der Rentner ist jeweils mehr als dreimal so hoch wie in den alten Ländern. Auf der anderen Seite ist in den alten Ländern der Anteil an Selbstständigen mehr als zweimal so hoch wie in den jungen Ländern, der der Beamten sogar fünfmal so hoch.

4.3 Gliederungen

Die CDU Deutschlands gliedert sich in 17 Landesverbände, 27 Bezirksverbände, 367 Kreisverbände und 13.111 Ortsverbände.

5. Politischer Arbeitskalender

- | | |
|------------------------|--|
| 12.-14. September 1993 | 4. Parteitag der CDU Deutschlands in Berlin |
| 19. September 1993 | Bürgerschaftswahl in Hamburg |
| 22. September 1993 | Diskussion des Bundesfachausschusses Agrarpolitik mit Bundesminister Jochen Borchert, Bonn |
| 24. September 1993 | Expertengespräch des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik zu Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für die Wirtschafts- und Finanzpolitik |
| 27. September 1993 | In einem Pressegespräch anlässlich der Eröffnung der 48. Sitzungsperiode der UN stellt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik, Elmar Brok MdEP, den Beschluß des Bundesfachausschusses "Die Bundesrepublik Deutschland und die Reform der Vereinten Nationen" vor. |
| 28. September 1993 | Konferenz der Landesgeschäftsführer und der Geschäftsführer der Vereinigungen in Bonn |
| 30. September 1993 | CDU-Fachforum Medienpolitik über die Rolle der Medien beim Prozeß der inneren Einigung Deutschlands, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus |
| 1./2. Oktober 1993 | Klausurtagung des Bundesvorstandes in Königswinter |

7. Oktober 1993 In einer Pressekonferenz stellen Generalsekretär Peter Hintze und der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU, Dr. Reinhard Göhner, den vom Bundesvorstand verabschiedeten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU vor. Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
11. Oktober 1993 Präsidium in Bonn
18. Oktober 1993 Mit einem Rundschreiben übersendet Generalsekretär Peter Hintze den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der CDU an die Parteigliederungen.
18. Oktober 1993 Konferenz der Geschäftsführer der neuen Landesverbände, Erfurt
26. Oktober 1993 Mit einem Rundbrief an die Parteigliederungen ruft Generalsekretär Peter Hintze zur Bürgeraktion "Pflegeversicherung jetzt!" auf. Mit dem Rundbrief erhalten die Parteigliederungen umfangreiches Informations- und Argumentationsmaterial zum Thema Pflegeversicherung.
2. November 1993 Außenpolitische Fachtagung "Die Visegrad-Staaten und die Institutionen des Westens", Potsdam

2. November 1993 Pressekonferenz mit dem Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU, Dr. Reinhard Göhner MdB, zum Thema "Neue Wege in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik - Vorschläge der Grundsatzprogramm-Kommission", Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
4. November 1993 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze zur aktuellen Diskussion um die Europapolitik, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
8. November 1993 Präsidium in Bonn
8. November 1993 In einem Rundschreiben an die Parteigliederungen ruft Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck dazu auf, das Thema europäische Einigung zu einem besonderen Schwerpunkt der politischen Arbeit in den kommenden Wochen und Monaten zu machen.
9. November 1993 Konferenz der Landesgeschäftsführer und der Geschäftsführer der Vereinigungen der CDU, Bonn
12. November 1993 Diskussion des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie mit Bundesminister Paul Krüger, Bonn
18. November 1993 In einem Rundschreiben an die Geschäftsführer der Parteigliederungen warnt Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck vor gefährlichen Jugendsekten und Psychokulten; er bittet um sorgfältige Beobachtung eventueller Aktivitäten solcher Gruppierungen.

23. November 1993 Konstituierende Sitzung des
Gründungsausschusses für einen
"Bundesarbeitskreis Polizei", Bonn,
Konrad-Adenauer-Haus
29. November 1993 Bundesvorstand in Bonn
3. Dezember 1993 Präsentation des
CDU-Kommunikations-Systems in der
Kreisgeschäftsführerkonferenz Hessen
- 3./4. Dezember 1993 Klausurtagung des Bundesfachausschusses
Umweltpolitik zum Entwurf des
Grundsatzprogramms, St. Augustin
13. Dezember 1993 Präsidium in Bonn
13. Dezember 1993 Beginn der CDU-Aktionswoche "Ja zur
Pflegeversicherung"
15. Dezember 1993 Veröffentlichung eines Leitfadens für
Zielgruppenarbeit mit Jugendlichen
"Lets talk about you"
16. Dezember 1993 In Zeitungsanzeigen appelliert
Generalsekretär Peter Hintze an die
SPD-Ministerpräsidenten, im Bundesrat
dem Pflegeversicherungsgesetz
zuzustimmen.
16. Dezember 1993 Präsentation des
CDU-Kommunikations-Systems in der
Kreisgeschäftsführerkonferenz Thüringen
21. Dezember 1993 Pressegespräch mit dem Vorsitzenden der
Grundsatzprogramm-Kommission der CDU,
Dr. Reinhard Göhner MdB, zum Thema
"Wertedebatte und Gesellschaftskritik",
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

31. Dezember 1993 In einem Rundschreiben an die Parteigliederungen skizziert Generalsekretär Peter Hintze die thematischen Schwerpunkte des neuen Jahres und die Hauptaufgaben für die CDU in den bevorstehenden Wahlkämpfen.
10. Januar 1994 Präsentation des CDU-Kommunikations-Systems in der Kreisgeschäftsführerkonferenz Brandenburg
12. Januar 1994 Präsentation des CDU-Kommunikations-Systems in der Kreisgeschäftsführerkonferenz Schleswig-Holstein
13. Januar 1994 Betriebsversammlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Präsentation der neuen Kommunikations-Techniken
- 14./15. Januar 1994 Präsidium und Klausurtagung des Bundesvorstandes in Windhagen. Der Bundesvorstand beschließt ein Programm "Für Wachstum und Beschäftigung".
17. Januar 1994 Pressekonferenz mit Generalsekretär Peter Hintze und den Präsidiumsmitgliedern Christa Thoben und Professor Klaus Töpfer zu den Ergebnissen der Klausurtagung des Bundesvorstandes und zur Vorstellung des Beschlusses "Für Wachstum und Beschäftigung"
18. Januar 1994 Konferenz der Geschäftsführer der neuen Landesverbände, Berlin

20. Januar 1994 Diskussion des Bundesfachausschusses
Verkehrspolitik mit Bundesminister
Matthias Wissmann zu künftigen
Schwerpunkten der Verkehrspolitik, Bonn
25. Januar 1994 Konferenz der Landesgeschäftsführer und
der Geschäftsführer der Vereinigungen
in Bonn
27. Januar 1994 Präsentation des
CDU-Kommunikations-Systems in der
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Nordrhein-Westfalen
7. Februar 1994 Präsentation des
CDU-Kommunikations-Systems in der
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Mecklenburg-Vorpommern
20. Februar 1994 Präsidium und Bundesvorstand in Hamburg
- 20.-23. Februar 1994 5. Parteitag der CDU Deutschlands in
Hamburg

